

Stand: 26.06.2026 01:55:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1782

"Beseitigung der kalten Progression"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1782 vom 06.05.2014
2. Beschluss des Plenums 17/1872 vom 07.05.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 07.05.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Beseitigung der kalten Progression

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im Steuerrecht die „kalte Progression“ unverzüglich beseitigt wird.

Begründung:

Seit vielen Jahren ist der Steuertarif nun unverändert, obwohl insbesondere die Erwerbseinkommen, also Einkünfte aus Gewerbebetrieben, aus freiberuflicher und aus nichtselbständiger Tätigkeit steigen. Aufgrund der Steuerprogression, die höhere Einkünfte einem prozentual höheren Steuersatz unterwirft als geringere, steigt die Steuerbelastung in absoluten Zahlen und prozentual kontinuierlich an. Da die Steigerung der Erwerbseinkünfte durch die Inflation im Wesentlichen neutralisiert wird, steigt die Steuerbelastung bei effektiv gleichbleibenden Einkommen an. Dies ist eine faktische Steuererhöhung.

Insbesondere die CDU/CSU hat im Wahlkampf versprochen, dass es nicht zu Steuererhöhungen kommen wird. Beide Parteien haben das als große Errungenschaft in den Koalitionsvereinbarungen mit der SPD bezeichnet, Steuererhöhungen vermieden zu haben. Der Koalitionsvertrag enthält aber keine verbindliche Festlegung, die kalte Progression umgehend zu beseitigen.

Wir fordern die Staatsregierung nun auf, diesen Widerspruch dahingehend aufzulösen, dass sie sich unverzüglich auf Bundesebene für eine Beseitigung der kalten Progression einsetzt. Diese ist leistungsfeindlich und ungerecht. Außerdem ist in Zeiten von Einnahmerekorden bei den Steuern eine Mehrbelastung der Bürger schlechterdings nicht zu rechtfertigen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/1782

Beseitigung der kalten Progression

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Thomas Mütze

Staatsminister Dr. Markus Söder

Präsidentin Barbara Stamm: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beseitigung der kalten Progression (Drs. 17/1782)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter
Winter u. a. und Fraktion (CSU)
Abbau der kalten Progression (Drs. 17/1802)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar
Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)
Beseitigung der unerwünschten Auswirkungen der sogenannten kalten
Progression beim Einkommensteuertarif (Drs. 17/1803)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf Herrn Kollegen Pohl das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns gedacht, man muss dem Deutschen Bundestag Zeit geben, und haben deshalb ein halbes Jahr gewartet, um zu sehen, ob er dem Problem der kalten Progression zu Leibe rückt. Ein halbes Jahr ist ins Land gegangen. Der Finanzminister hat angedeutet, man könne jetzt daran denken, die kalte Progression zu beseitigen. Auch der Vorsitzende der SPD geht in diese Richtung, und – oh Wunder! – als ich am Montag vergangener Woche bei der Verabschiedung des Bayerischen Sparkassenpräsidenten Theo Zellner weilte, hörte ich aus dem Mund des Bayerischen Ministerpräsidenten, für den Abbau der kalten Progression bestehe überhaupt kein finanzieller Spielraum. Eine verkehrte Welt, meine Damen und Herren; denn bereits im Bundestagswahlkampf 2009 hat die Union den Abbau der kal-

ten Progression versprochen. Sie war dann mit der Steuersenkungspartei FDP vier Jahre lang in einer Koalition und hat es nicht fertig gebracht, dieses Problem zu lösen. Zunächst haben sie es nicht gewollt. Danach hat der Bundesrat signalisiert, er werde dem nicht zustimmen.

2013 ist man mit dem Versprechen, diese leistungsfeindliche kalte Progression abzubauen, in den Bundestagswahlkampf gezogen. Jetzt ist die Union wieder an der Regierung, und jetzt kommt ausgerechnet vonseiten der CSU, zumindest vonseiten des Ministerpräsidenten – der Finanzminister sieht es möglicherweise etwas anders – eine klare Absage an dieses Wahlversprechen.

Meine Damen und Herren von der CSU, Sie haben sich damit gerühmt, in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt zu haben, dass es keine Steuererhöhungen gebe. Das ist aber nicht wahr. Die kalte Progression ist Jahr für Jahr eine Steuererhöhung, weil sie die Steuerzahler jedes Jahr mehr belastet. Dieser Missstand wird nicht beseitigt, obwohl wir Rekordsteuereinnahmen haben. Jedes Jahr steigen die Steuereinnahmen. Ich hätte Verständnis für Ihr Verhalten, wenn wir in einer tiefen Rezession stecken würden oder einen Staatshaushalt hätten, der die Drei-Prozent-Kriterien von Brüssel nicht erfüllt. Dann hätte ich vielleicht Verständnis dafür, dass Sie den Abbau der kalten Progression verschieben. Wie gut sollen denn die Steuereinnahmen noch fließen, damit wir diese Ungerechtigkeit endlich beseitigen?

Wenn die Mitarbeiter in einem Betrieb gute Leistungen erbringen und der Betrieb ein Rekordergebnis erzielt, wird es wahrscheinlich eine Gratifikation geben. Zumindest aber werden die Gewerkschaften völlig zu Recht ihren Anteil für die Arbeitnehmer fordern und mit der Forderung nach kräftigen Lohnerhöhungen auftreten. Wir aber bestrafen diejenigen, die uns Rekordsteuereinnahmen beschieren. Das kann doch nicht richtig sein. Das ist doch nicht motivierend. Diejenigen, die uns die Möglichkeit geben, das Geld zu verteilen und auszugeben, werden dafür bestraft, dass sie Jahr für Jahr noch mehr Steuern zahlen und noch mehr erwirtschaften; sie werden dadurch bestraft, dass wir die Steuern erhöhen, indem wir die kalte Progression nicht beseitigen.

Deswegen fordern wir die unverzügliche Beseitigung der kalten Progression. Wir fordern, unverzüglich diesem Übel zu Leibe zu rücken.

Meine Damen und Herren, ich möchte nur eine Zahl nennen: Aufgrund der kalten Progression nimmt der Staat im Vergleich zu 2011 heute zehn Milliarden Euro mehr ein. Zehn Milliarden Euro mehr sind eine echte Steuererhöhung. Ich kann an Sie nur appellieren, denjenigen, die Jahr für Jahr Spitzenleistungen erbringen und Jahr für Jahr mehr Steuern zahlen, aus Gründen der Gerechtigkeit, aber auch aus Gründen der Vernunft einen Teil zurückzugeben und die kalte Progression zu beseitigen.

Die CSU hat auch einen Dringlichkeitsantrag zu diesem Thema nachgezogen. Wir können diesem Antrag allerdings nicht zustimmen, und zwar deswegen nicht, weil Sie die kalte Progression nur dann beseitigen wollen, wenn wir finanzielle Spielräume haben. Meine Damen und Herren, der Haushaltsgesetzgeber, sprich der Deutsche Bundestag, kann diese Spielräume jederzeit schaffen. Aber wir haben es nicht in der Hand, ob der Haushaltsgesetzgeber sich bescheidet oder bei noch mehr Steuereinnahmen noch mehr ausgibt. Dieser Antrag hat jedenfalls aus Sicht des Bayerischen Landtags keinen Sinn. - Wir verlangen die unverzügliche Abschaffung der kalten Progression; wir verlangen, dass sich die Bayerische Staatsregierung auf Bundesebene hierfür einsetzt. Ihr Antrag ist leider mehr Placebo als nutzbringend. Er ist unkonkret, und deshalb müssen wir ihn ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt darf ich dem Herrn Kollegen Wolfgang Fackler das Wort erteilen. – Bitte schön, Herr Kollege.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kaum liegen die Ergebnisse der Steuerschätzungen vor – oder Ihre Bekanntgabe steht unmittelbar bevor –, geht das Gezerre um den Abbau der kalten Progression wieder los. Wir von der CSU stehen nach wie vor zu unseren Aussagen im "Bayernplan" zur Abmilderung der kalten Progression, vor allem dann, wenn die Fi-

nanzlage gut ist und sobald sich Gestaltungsspielräume ergeben, Herr Pohl. Aber Sie von den FREIEN WÄHLERN machen es sich mit Ihrem Dringlichkeitsantrag mal wieder etwas zu einfach. Er ist leicht zu durchschauen; denn will man als Politiker eine breite öffentliche Zustimmung ernten,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Er ist klar formuliert!)

dann muss man nur die Formulierung "Abbau der kalten Progression" verwenden. Die FREIEN WÄHLER haben heute sogar noch einen draufgesetzt und das Wort "unverzüglich" eingebaut. Das Wort "unverzüglich" umfasst aber keine Frist. Zudem ist für die Unverzüglichkeit nicht die objektive Zumutbarkeit entscheidend, sondern die subjektive Zumutbarkeit des erwarteten Handelns. Oder anders ausgedrückt: Es kommt immer auf die Kenntnisse und die persönliche Sichtweise des zum Handeln Aufgeforderten an, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Woher haben Sie das?)

- So etwas weiß man einfach.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

In den Erkenntnissen und Sichtweisen unterscheiden wir uns öfter, manchmal sogar gewaltig. Beim Thema der kalten Progression liegen wir aber eigentlich gar nicht so weit auseinander. Wir von der CSU stellen uns im Gegensatz zu Ihnen aber vor allem der Frage des richtigen Zeitpunkts für einen verantwortungsvollen Abbau. Wir wollen keinen blinden Aktionismus, der von der öffentlichen Diskussion getrieben wird, sondern eine Einbettung des Themas in die Gesamtsituation des Bundeshaushalts.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr fordert das doch seit fünf Jahren und tut es nicht!)

Es gibt viele wichtige Projekte, die solide und ohne Schulden finanziert werden wollen und Priorität haben; das wissen auch Sie: Verkehrsinfrastruktur, Städtebauförderung, Verbesserungen der Kindertagesstätten, der Schulen und Hochschulen, Eingliederung von Arbeitssuchenden oder auch der Zuschuss an die Rentenversicherung.

Außerdem stört mich das Argument, das Sie immer wieder vorbringen, dass die kalte Progression faktisch eine Steuererhöhung darstellt. Richtig ist, dass jedes Jahr drei Milliarden Euro – jedes Jahr und nicht insgesamt zehn Milliarden – mehr eingenommen werden. Wenn Sie aber von einer Erhöhung sprechen wollen, dann sollten Sie auch erwähnen, dass der Grundfreibetrag zum 1. Januar 2013 und zum 1. Januar 2014 zugunsten der Steuerzahler erhöht wurde, und zwar auf 8.130 bzw. 8.354 Euro. Das ist so vorgesehen. Das ist mit Steuerentlastungen verbunden und bedeutet zumindest eine punktuelle Korrektur der Inflationsentwicklung. Wir geben also auch etwas zurück, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das muss an dieser Stelle erwähnt werden.

Doch zurück zu dem Progressionsgezerre: Auch wir wollen, wie unser Antrag unmissverständlich zeigt, eine weitere Steuerentlastung, vor allem für diejenigen, die ihr Einkommen hart erarbeiten. Doch dafür braucht man politische Mehrheiten. Deshalb hoffe ich, dass jetzt neue Bewegung in die Sache kommt. Ich begrüße es, wenn die Bundes-SPD ihre Haltung diesbezüglich ändert, vielleicht sogar aufgibt; denn 2012 sind wir im Bundesrat ein Stück weit an Rot-Grün gescheitert. Wir wollen den Abbau der kalten Progression nicht an irgendwelche Bedingungen knüpfen, wie man Ihren Antrag vielleicht interpretieren könnte, also an Steuererhöhungen, den Abbau von Steuerprivilegien oder von Steuersubventionen. Das ist mit uns nicht zu machen; das lehnen wir entschieden ab. Die Wirkung der kalten Progression muss abgemildert werden – darin sind wir uns alle einig, wie schön! –, aber zum richtigen Zeitpunkt und ohne Steuererhöhungen. Dafür müssen finanzielle Spielräume genutzt werden, je früher desto besser und sobald machbar. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung: Kollege Pohl, bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert): Herr Kollege, Sie sollten vielleicht auch sagen, um wie viele Euro der Grundfreibetrag erhöht worden ist und einmal in Relation dazu setzen, dass im Vergleich zu 2011 durch die kalte Progression 10 Milliarden Euro mehr eingenommen werden. Darin unterscheiden sich unsere Rechnungen wirklich nicht. Drei mal drei sind neun Milliarden Euro mehr, bei mir sind es 10 Milliarden Euro. Den Grundfreibetrag haben Sie um 126 respektive 224 Euro erhöht. Dieser Betrag unterliegt nicht der Steuer.

Das Zweite: Ich hätte gerne eine Aussage zu dem Kommentar Ihres Ministerpräsidenten vom vergangenen Montag, es gebe keine Spielräume für einen Abbau der kalten Progression. Das war Originalton SPD im Bundestagswahlkampf. Die CSU hat sich hiergegen massiv verwahrt. Jetzt höre ich, dass der Ministerpräsident genau mit diesen Worten argumentiert. Im Übrigen ist es doch eine faktische Steuererhöhung, wenn Arbeitnehmer in den höheren Tarif rutschen und die Erhöhung der Gehälter mit einem Inflationsausgleich verbunden ist.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte.

Wolfgang Fackler (CSU): Wie dem auch sei, Herr Kollege Pohl: Es gibt einen Tarif, der linear-progressiv vorgesehen ist. Es ist eine rechts- bzw. wirtschaftswissenschaftliche Frage, was der richtige Weg ist. Es ist letztendlich ein Thema der Finanzierung, es geht darum, wie sich der Bundeshaushalt finanzieren kann. Dazu gehört auch dieses Thema. Der Steuertarif ist die Berechnungsgrundlage der Einnahmen. Letztendlich – so habe ich das auch ausgeführt – ist alles eine Frage der Zeit. Man muss den richtigen Zeitpunkt abwarten, und den werden wir finden. Über das Grundziel sind wir uns einig.

Präsidentin Barbara Stamm: Bevor ich den Herrn Kollegen Halbleib an das Rednerpult bitte, darf ich bekannt geben, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER für Ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. - Herr Kollege Halbleib, bitte.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht das erste Mal und wahrscheinlich auch nicht das letzte Mal, dass der Landtag über das Thema kalte Progression diskutiert. Die letzte intensive Debatte hatten wir am 11. April 2013, also vor einem Jahr. Ich habe damals sinngemäß ausgeführt – ich kann mich darauf berufen -, dass die Progression selbst, also der Anstieg des Steuertarifs mit steigendem Einkommen, eine Frage der Steuergerechtigkeit ist. Ich glaube, das wird von Ihnen nicht infrage gestellt. Es ist ein wichtiger Baustein der Steuergerechtigkeit, dass die starken Schultern mehr tragen müssen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt beim Thema kalte Progression betrifft die Frage eines progressiven Tarifs. Wie verhält sich der progressive Tarif zur Entwicklung der Inflationsrate und zur Entwicklung der Löhne? Das Verhältnis von progressivem Steuertarif zur Inflationsrate und zur Lohnentwicklung muss man kritisch betrachten.

Ich glaube, die SPD hat immer unter Beweis gestellt, dass sie das tut. Wir haben in rot-grüner Zeit am meisten gegen die kalte Progression unternommen, und zwar durch die Steuertarifänderungen, die Senkung des Eingangssteuersatzes und viele andere Maßnahmen. Dabei ist viel von der kalten Progression herausgenommen worden; im Übrigen auch unter der Großen Koalition 2005 bis 2009. Für uns war das immer ein Thema, und es wird auch ein Thema bleiben.

Wenn ich mir allerdings die Lohnentwicklung und insbesondere die Inflationsentwicklung der letzten Jahre ansehe, dann muss ich natürlich sagen – auch das gehört zur Bewertung und zur Wahrheit dazu -, dass wir bei der Temperatur der kalten Progression eher bei über null Grad als unter null Grad liegen. Gleichwohl können auch Temperaturen über null Grad unangenehme Kältegefühle erzeugen. Ich räume das ein. Insofern waren wir immer bereit, das Thema kalte Progression anzugehen, auch im letzten Jahr vor der Bundestagswahl. Insofern erinnere ich an die klare Positionierung des rheinland-pfälzischen Finanzministers Carsten Kühl, bei dem Thema weiterzugehen. Klar ist aber: Ein Abbau der kalten Progression bzw. eine Abmilderung der kalten Progression muss solide und perspektivisch finanziert werden. Darin sollten wir uns, ins-

besondere unter Haushaltspolitikern, einig sein. Es war das Problem der bisherigen Debatte, dass es auf diese Finanzierungsfrage keine solide oder seriöse Antwort – zumindest nicht aus unserer Sicht – gab bzw. von einem perspektivischen, ganzheitlichen, durchhaltbaren steuerpolitischen Gesamtkonzept keine Rede war.

Insofern bleibt die kalte Progression ein wichtiges Thema. Sie hat ungerechte Effekte, die auch benannt worden sind. Sie wird insbesondere als ungerecht empfunden. Insbesondere trifft dies für die mittleren Einkommen zu. Wir müssen uns alle stärker oder wiederholt mit den mittleren Einkommen befassen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Dies gilt abgesehen von Aspekten der Stärkung der Binnenkaufkraft, was auch ein volkswirtschaftlicher Faktor ist. Wir stellen den Abbau der kalten Progression nicht in Gegensatz zu anderen Fragen der Steuergerechtigkeit, zum Beispiel den Fragen des Steuervollzugs, insbesondere der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, und zwar auch der internationalen, oder dem Tarif bei Spitzenverdienern. Auch das sind Fragen der Steuergerechtigkeit. Dazu gehört auch die Frage, wie stark sich Vermögende an der Finanzierung des Staates beteiligen.

Wir glauben allerdings, dass die Debatte jetzt an einem spannenden Punkt angekommen ist. Es ist richtig, es war viel Rhetorik enthalten. Insofern würde ich Ihnen gar nicht widersprechen, Herr Kollege Pohl. Jetzt sind wir durch die Entwicklung im Bundeshaushalt so weit, dass wir uns konkret damit befassen können. Auch das hat der Bundeswirtschaftsminister und SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel im Blick gehabt, als er sich entsprechend erstmals geäußert hat. Insofern gibt es auch gute ökonomische Gründe, sich damit zu befassen.

Nur die Einigkeit in der Zielsetzung, die kalte Progression abzubauen oder abzumildern, reicht nicht aus. Wir brauchen auch eine Einigkeit bei den Rahmenbedingungen, und wir brauchen auch Einigkeit darüber, dass der Abbau der kalten Progression nur seriös, ehrlich und steuergerecht erfolgen kann. Das sind einige Punkte, bei denen ich

Ihnen, Herr Kollege Pohl, widersprechen muss. Das betrifft die Fragen der Finanzierbarkeit oder die Gefährdung anderer finanzpolitischer Ziele, wobei ich die Reduzierung der Nettoneuverschuldung auf null oder die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen nenne. Als Haushaltspolitiker und in der Gesamtverantwortung muss man sagen, dass das wichtige Ziele sind, die nicht gefährdet werden dürfen.

Auch die Steuereinnahmen, die derzeit auf einem sehr hohen Niveau sind, sind von der Konjunktur und den Perspektiven in der Weltwirtschaft abhängig. Man muss insofern einen Blick voraus wagen; auch das historisch niedrige Zinsniveau muss man sehen. Das betrifft auch die unterschiedlichen Betroffenheiten der verschiedenen Bundesländer. Auch diese müssen in den Blick genommen werden. Wir müssen auch sehen, dass die Entlastung der mittleren Einkommen nicht nur bei der Steuerpolitik im Vordergrund stehen muss. Wir haben bei der Sozialversicherung – Stichwort Finanzierung der Mütterrente oder Entnahme aus der gesetzlichen Krankenversicherung, Verzicht auf Elemente der Bürgerversicherung – nämlich auch Punkte, die die mittleren Einkommen über die Sozialversicherungsbeiträge überproportional belasten. Auch diese Ungerechtigkeit, muss man im Gesamtblick haben. Steuergerechtigkeit muss man ernst nehmen, und man darf keine falschen Erwartungen in der Bevölkerung wecken, die dann nicht erfüllt werden können. Das unterscheidet diejenigen, die in der Regierungsverantwortung stehen, von denjenigen, die Anträge stellen.

Ministerpräsident Seehofer war ich für seine Äußerung dankbar, weil sie zeigt, wie schwierig diese Herausforderung ist. Ich glaube aber, dass man sie gemeinsam meistern kann. Der Effekt muss im Blick behalten werden und muss abgebaut werden, sobald es möglich ist. Es geht darum, seriöse Rahmenbedingungen zu finden. Klare Aussage von uns: Wenn sich die Möglichkeit eröffnet, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fiskalisch und solide bei der kalten Progression zu entlasten, dann wollen wir diese Chance ergreifen. Deswegen werden wir auch dem CSU-Antrag zustimmen und den Antrag der FREIEN WÄHLER, weil er nicht die Solidität im Blick hat und nicht ehrlich ist, ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Lieber Herr Kollege Halbleib, der Eiertanz, den Sie eben abgeliefert haben, war körperlich mit erlebbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann es nachvollziehen: Wie kann ich die Große Koalition nicht zu stark angreifen und aber gleichzeitig einen eigenen Standpunkt vertreten? Das ist schwierig, und das weiß ich. Ich komme später noch einmal dazu.

Der Handlungsbedarf bei der Verteilung der Lasten der steuerlichen Abgaben ist allen Beteiligten klar. Ob jetzt die kalte Progression das größte Problem ist, ist Geschmackssache. Sie bleibt aber ein Ärgernis. Die Bundesregierung selbst, also die Große Koalition, schreibt in einer Antwort auf eine aktuelle Anfrage der GRÜNEN-Bundestagsfraktion: Durch die mehrfachen Senkungen des Einkommensteuertarifs seit dem Jahre 1998 wurde dem Effekt der kalten Progression entgegengewirkt. Herr Kollege Halbleib hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass dies unter Rot-Grün geschehen ist. Vielen Dank für die Erinnerung.

Die Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen ist ein Gebot der Steuergerechtigkeit. Auch das haben wir heute gehört. Die Entlastung sollte unserer Meinung nach von den Spitzeneinkommen getragen werden, die seit Jahren von der Abgeltungsteuer und dem gesunkenen Spitzensteuersatz profitieren. Damit wäre auch eine Finanzierung gesichert. Eigentlich hatte auch die SPD dieses Konzept. Davon will sie aber in Person ihres Wirtschaftsministers nichts mehr wissen. Herr Finanzminister, leider hat sich die Große Koalition in Berlin auf steuerpolitischen Stillstand verständigt. Was wir im Moment erleben, ist daher nicht mehr als heiße Luft.

Der Generalsekretär der CDU meint, die Entfernung der kalten Progression habe keine Priorität. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie die Medien in den letzten Wochen verfolgt haben, konnten Sie hören, dass jetzt die Umsatzbesteuerung bzw. der Mehrwertsteuersatz für Hörbücher und E-Books gesenkt wird. Das hat Priorität. Hier sieht man, wo die Schwerpunkte dieser Regierung liegen. Das Thema ist nicht die kalte Progression, also die Entlastung des Mittelstands und der Bürgerinnen und Bürger, sondern E-Books und Hörbücher. Es ist offensichtlich, wofür es hier geht. Wir haben in den letzten Wochen über die systematische Veränderung des Umsatzsteuerrechts gesprochen. Dabei ging es um die Frage, was unter einem reduzierten Steuersatz zu fassen ist und wofür der volle Mehrwertsteuersatz zu zahlen ist. Wir sehen also lauter Baustellen, aber keine Lösungen von dieser Koalition.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Die CSU hat die Änderung des Einkommensteuertarifs in weite Ferne gerückt. Minister Söder sagte, wir müssten bei dieser Sache Schrittmacher bleiben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme nicht aus der Medizin, aber ein Schrittmacher hilft sofort. Wenn der Schrittmacher erst im Jahr 2018 helfen soll, wie das Herr Minister Söder sagt, ist der Patient tot, das heißt steuerlich gesehen pleite.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Was hat die CSU in Person des Ministers bei der Bundestags- und der Landtagswahl nicht alles versprochen: Abbau der kalten Progression, Erhöhung des Grundfreibetrags, Hightech-Bonus für Betriebe, Halbierung oder völlige Abschaffung der Erbschaftsteuer und die Regionalisierung der Einkommensteuer, um sie dann, natürlich nur in Bayern, senken zu können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist davon übrig geblieben? Nichts, nada. Lieber Herr Minister, jetzt setzen Sie noch einen drauf und sagen, ein Einstieg in den Abbau der kalten Progression sei erst ab dem Jahr 2018 möglich. Wie peinlich ist das? Haben Sie erst jetzt, dank dem ORH-Bericht, gemerkt, dass Ihr Haushalt unterfinanziert ist? - Damit noch kein Ende, der Gipfel ist

noch nicht erreicht. Jetzt kommt der heutige Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wenn Sie diesem Antrag heute tatsächlich zustimmen sollten, manifestieren Sie den Wahlbetrug an den Bürgerinnen und den Bürgern bei der Bundestagswahl und der Landtagswahl.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Der Minister hat mit diesen Ankündigungen um Stimmen geworben und sagt uns jetzt, es gehe alles nicht, oder er sagt gar nichts dazu. Anders als einen Betrug kann ich das nicht nennen. Wir GRÜNE fordern eine aufkommensneutrale Reform des Einkommensteuertarifs zur Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. Das ist jederzeit möglich und behindert den dringend notwendigen Schuldenabbau in Bund, Ländern und Kommunen nicht. Dazu wären Mut und Fantasie nötig. Das ist aus einer Überschrift der "SZ", das gebe ich zu. Dieser Mut und diese Fantasie gehen aber leider der Großen Koalition und der CSU völlig ab.

Vorschläge liegen auf dem Tisch. Ich zitiere Herrn Professor Sinn nicht oft, eigentlich nie. Jetzt will ich es aber tun. Er spricht von einem "Tarif auf Rädern", bei dem der Eingangssteuersatz und der Spitzensteuersatz jedes Jahr angepasst werden könnten. Aber nein, keine Bewegung, nirgendwo. Sie verträsten die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lieber auf die nächste Regierung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, rechnen Sie einmal nach. Im Jahr 2018 darf die nächste Regierung entscheiden. Bis dahin wird steuerpolitisch nichts passieren. Eine solche Regierung braucht kein Mensch, eine Steuerreform dagegen wohl.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Auch die CSU-Fraktion beantragt für ihren Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung. Für die Staatsregierung hat jetzt Herr Staatsminister Dr. Söder ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass ich mich über den ersten Dringlichkeitsantrag gewundert habe. Hier handelt es sich nach wie vor um eine Sache des Bundestages und nicht primär des Bayerischen Landtages. Wir haben hier unsere eigenen Aufgaben zu erfüllen und sind kein Ersatzparlament für Deutschland. Trotzdem gibt es eine Antwort darauf.

Was hat Deutschland in den letzten Jahren in Europa stark gemacht? Was war im Rahmen der Finanzkrise und der Euro-Krise in der letzten Großen Koalition das Entscheidende? - Das war der Umstand, dass Deutschland ein Stabilitätsanker in Europa war. Solide saubere Haushaltspolitik ist die Grundlage für wirtschaftliches Überleben. Deshalb steht an erster Stelle, vor jeder Entlastung, immer die Seriosität des Haushalts. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Solidität geht vor Versprechen.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen haben wir uns in der Großen Koalition in Berlin, ebenso wie lange vorher in Bayern, primär auf diese Ziele verpflichtet. Wir werden auch in Berlin Haushalte ohne neue Schulden und ohne Steuererhöhungen aufstellen. Dies war ein zentraler Bestandteil der Debatte mit den GRÜNEN bei der Frage, ob sie sich eine Regierungsbeihilfung überhaupt vorstellen können. Letztlich war dies einer der Knackpunkte, der dazu geführt hat, dass Deutschland diese Regierung und keine andere bekommen hat. Damals haben Trittin und andere gesagt, es gehe nicht anders als mit Steuererhöhungen um 20 oder 30 Milliarden Euro. Meine Damen und Herren, in Zeiten der höchsten Steuereinnahmen ist es geradezu absurd, zusätzliche Steuererhöhungen zu fordern. Wir sagen: Der Staat muss endlich lernen, mit seinem Geld auszukommen, ohne den Bürgern ständig weiter in die Taschen zu greifen.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern wie in Berlin ist die Basis relativ einfach: Erstens soll es keine weitere Neuverschuldung geben. Zweitens wollen wir keine Steuererhöhungen. Darunter verstehen wir nicht nur direkte, sondern auch indirekte Steuererhöhungen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ist die kalte Progression keine Steuererhöhung?)

Zu sagen, wir bauen diese oder jene Steuervergünstigung ab, ist ein semantisches Spiel. Herr Pohl, ich kenne eine Fülle von Gegenfinanzierungsvorschlägen, die nichts anderes sind als Steuererhöhungen. Deswegen sagen wir: Solide Haushaltspolitik bedeutet, keine Schulden zu machen und keine Steuererhöhungen vorzunehmen. In dieser Hinsicht sind wir in Europa ein Vorbild.

Meine Damen und Herren, wie könnten wir bei der weiteren Entwicklung der Euro-Stabilisierung ernsthaft auftreten und den Partnern in Griechenland, Spanien und Portugal sagen, saniert eure Haushalte, wenn wir gleichzeitig bei der ersten Möglichkeit den Wachstums- und den Soliditätspfad verlassen würden? Darum ist unsere erste Priorität die Sicherung der Haushaltsstabilität.

Ich muss dazu sagen, dass der Bund im nächsten Jahr das erste Mal einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann. Dies war seit Urzeiten nicht mehr der Fall. Das letzte Mal geschah dies zu der Zeit, als Franz Josef Strauß Finanzminister war. Dies ist ein bemerkenswertes Signal, das zeigt, dass Deutschland in Europa seiner Rolle als Vorbild für solide Finanzen gerecht wird. Bei allen Debatten, die wir noch führen müssen, ist klar: Damit hat Deutschland ein Markenzeichen in ganz Europa. Dies ist ein starkes Signal der Regierung in Berlin.

Wir schaffen die Basis für finanzielle Solidität. Aber wir wollen auch weiteres Wachstum; denn wir wissen, dass die Weltwirtschaft vor großen Herausforderungen steht. Ein Element dieses Wachstums ist die Stärkung der Infrastruktur. Die Infrastruktur beschäftigt uns in diesem Hause sehr stark; Herr Pohl, auch Ihre Partei, die sich tatsächlich sehr stark für die Kommunen einsetzt. Die Kommunen sollen über das Bundesleis-

tungsgesetz um fünf Milliarden Euro entlastet werden. Die Länder sollen bei den Leistungen für Familien, Schulen, Hochschulen und Universitäten mit sechs Milliarden Euro eine deutliche Entlastung erhalten. Wir wollen außerdem für die Verbesserung der Infrastruktur, zum Beispiel für die Sanierung und den Neubau von Straßen, Entlastungen schaffen, weil wir einen dringenden Investitionsbedarf in Deutschland haben, vor allem im Westen unseres Landes.

Neben der Solidität setzen wir also den zweiten großen Schwerpunkt bei der Infrastruktur. Wir stärken damit das Land, um es so wettbewerbsfähig zu machen, dass auf Dauer Wirtschaft und wirtschaftlicher Erfolg möglich sind.

Der dritte Schritt ist der Abbau der kalten Progression. Ich finde es wichtig, dass hier etwas getan wird. Ich teile Ihre Auffassung, dass es unfair und ungerecht ist, die kleineren Einkommen stärker zu belasten. Zu der Frage, was man gemacht hat, sage ich Ihnen aber auch: Man hat schon etwas gemacht. Damals haben Bund und Länder gemeinsam – Sie haben es selber angesprochen – den Grundfreibetrag von 8.004 auf 8.354 Euro erhöht und damit eine Entlastung um 2,6 Milliarden Euro erreicht.

Das alles geht uns noch nicht weit genug. Man muss aber fairerweise sagen, warum man in den zwei vorhergehenden Perioden keine weitere grundlegende Entlastung gemacht hat. Das hatte den ganz einfachen Grund, dass wir eine Finanz- und Eurokrise hatten. Damals eine zusätzliche Debatte zu führen, war uns einfach nicht sicher genug. Wir haben nicht auf das Prinzip Hoffnung, sondern auf das Prinzip Sicherheit gesetzt, und das hat, denke ich, Deutschland gut getan.

Wir glauben – der Bundesfinanzminister hat das auch gesagt -, dass es möglicherweise ab 2016/17 Spielräume gibt. Dann wird neben der Haushaltssolidität und der Infrastruktur als dritter Bereich die kalte Progression zu thematisieren sein. Deswegen hat das Finanzministerium auch den Auftrag erhalten, einmal einen Gesetzentwurf zu erarbeiten. Wir werden ihn in den nächsten Tagen fertigstellen und werden das, Herr

Mütze, im Endeffekt in einen Zusammenhang mit den anderen steuerlichen Fragen bringen, die wir haben.

Übrigens ist das für 2018/19 schon wichtig. Denn im Jahr 2019 laufen drei zentrale Finanzstränge aus oder werden neu justiert, die auch für das Land Bayern wichtig sind, nämlich der Solidarpakt, die Regionalisierungsmittel – wir werden hier im Parlament darüber diskutieren, was mit der degressiven Entwicklung der Regionalisierung bei uns passiert und was wir da vielleicht ersatzweise finanzieren müssen – und natürlich der Länderfinanzausgleich, der für den Freistaat Bayern das größte Haushaltsrisiko darstellt. Das gehört zusammen. Also müssen wir das auch miteinander in Verbindung setzen. Auch andere steuerliche Fragen wie die Förderung von Start-up-Unternehmen im Technologiebereich, die Regionalisierung von Steuern sowie die Grund- und die Erbschaftsteuer spielen da eine Rolle.

Deswegen ist eine Gesamtarchitektur der Steuerpolitik durchaus sinnvoll. Aus unserer Sicht ist klar: ein Abbau der kalten Progression ja, aber nicht mit neuen Schulden oder Steuererhöhungen. Der Fahrplan ist ebenfalls klar; wir haben ihn in der Großen Koalition vereinbart, und er sollte eingehalten werden: Wir machen keine Schulden mehr, und es wäre gut, wenn man irgendwann wie Bayern Schulden tilgen kann. Aber das erste Ziel ist, keine Schulden und keine Steuererhöhungen zu machen, die Infrastruktur zu stärken und dann die kalte Progression in Angriff zu nehmen. Ich denke, das ist ein kluges und maßvolles, aber auch ehrliches Vorgehen. An diesem Vorgehen wollen wir gemeinsam festhalten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, Kollege Pohl hat sich zu einer Intervention gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert): Erstens: Unser Antrag enthält keine Steuererhöhungen zur Gegenfinanzierung. Zweitens zu ihrer Frage, wie der Abbau der kalten Progression gegenfinanziert werden soll. Ich denke, morgen

erhalten wir die Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung, und es wird mit einem kräftigen Plus gerechnet, einem Plus, das bisher im Haushalt noch nicht abgebildet ist. Ich denke, allein damit können Sie einen guten Teil der kalten Progression abfedern und abbauen. - Ein Weiteres möchte ich Ihnen sagen. Wir müssen daran denken, dass wir diejenigen bei Laune halten, die die Steuern bezahlen. Wir sagen immer, wir haben dieses und jenes an Ausgaben vor. Aber was ist denn, wenn die Motivation nachlässt, wenn die Wirtschaft nicht mehr die gleichen Gewinne macht und wenn dadurch die Steuereinnahmen real sinken? Dann haben wir die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Der Hinweis auf den Abbau von Steuervergünstigungen bezog sich auf einen Antrag. Ich meinte die Eiertanzreplik von Herrn Halbleib. Dort steht es nämlich relativ ausführlich im Antrag.

Ich sage Ihnen einmal Folgendes. Ich bin sehr dafür, die Leistungsträger zu fördern. Unter Leistungsträgern verstehe ich auch die Bezieher mittlerer und die kleinerer Einkommen. Denn sie leisten einen großen Anteil.

Aber jetzt zur Steuerschätzung. Am Donnerstag wird das Ergebnis bekannt gegeben. Am Freitag oder Samstag werden wir dann wohl die Zahlen für Bayern haben. Auf eines weise ich noch hin: Lassen Sie uns, ob bei uns oder in Berlin, klug agieren. Denn die Steuerschätzung, die jetzt gemacht wird, ist nichts anderes als ein Abbild der guten Situation des letzten Jahres und der Hoffnung, dass es so weitergeht. Heute kann aber noch keiner einschätzen, wie sich die Verhältnisse in der Ukraine und anderswo entwickeln. Dort können für die Weltwirtschaft oder zumindest für die europäische Wirtschaft noch große Herausforderungen entstehen. Wir sind uns nicht sicher, ob die Niedrigzinsphase genauso weitergeht; im Moment sieht es so aus.

Seien wir ganz ehrlich: Ein Teil des Erfolges und der Staatskonsolidierung – in Berlin mehr als anderswo – hängen in der Tat mit dieser Situation zusammen, übrigens zu-

lasten vieler Sparer und Versicherter und eher zugunsten des Staates. All diese Aspekte muss man einfach im Blick haben. Deswegen darf man nicht bei den ersten Anzeichen, dass die Lage optimal ist, und bevor die anderen Aufgaben erledigt sind, den dritten Schritt machen. Dann kommt man auch nicht ins Stolpern. Ich plädiere einfach dafür, einen Schritt nach dem anderen zu machen, obwohl auch mir manches häufig lieber schnell als langsam geht. Aber ein Schritt muss nach dem anderen erfolgen.

Ein letzter Satz dazu. Der Abbau der kalten Progression ist für Bayern kein Finanzierungsproblem. Es gibt aber andere Bundesländer, die, zumindest was ihre Finanzsituation betrifft, in einem katastrophalen Zustand sind. Ich will nicht darauf verweisen, dass sie überwiegend von der SPD regiert werden; das mache ich bewusst nicht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wäre auch nicht richtig! Schauen Sie die unionsregierten Länder an!)

Das stimmt zwar und tut weh; ich mache das nicht. Aber man muss es wegen der Mehrheitsfindung sehen. Man muss alles zusammen betrachten. Wir haben jetzt wichtige Signale gesetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Es ist trotz Großer Koalition einfach schwer, die SPD zu loben. - Herr Pohl, wir machen genau einen Schritt nach dem anderen. Passen wir dabei ein bisschen auf und haben wir auch die Krisen im Blick, die noch kommen können.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Anträge werden wieder getrennt, und wir kommen zur Abstimmung.

Da die SPD für ihren Dringlichkeitsantrag keine namentliche Abstimmung beantragt hat, lasse ich zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion – das ist die Drucksache 17/1803 – abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜND-

NISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zu den namentlichen Abstimmungen. Die Urnen stehen bereit. Ich rufe zunächst auf den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/1782. Ich bitte, die Stimmkarten abzugeben. Sie haben für diesen Wahlgang fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.08 bis 17.13 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung; die Zeit ist um. Ich bitte, die Abstimmungskarten draußen auszuzählen.

Ich komme gleich zur nächsten namentlichen Abstimmung. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/1802. Ich bitte, die Stimmkarten in die Urnen einzuwerfen. Für diese Abstimmung stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.13 bis 17.16 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Stimmkarten auszuzählen. Ich darf bitten, die Plätze wieder einzunehmen, damit ich die Sitzung wieder aufnehmen kann. – Ich habe gebeten, die Plätze wieder einzunehmen.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, darf ich noch die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekanntgeben, zunächst zu den Anträgen "Beseitigung der kalten Progression". Bei der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1782: mit Ja gestimmt haben 29, mit Nein haben 126 gestimmt, Enthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Beim Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/1802 haben mit Ja 124 gestimmt, mit Nein haben 29 gestimmt, und es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Beseitigung der kalten Progression (Drucksache 17/1782)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert				Gibis Max		X	
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten	X		
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas		X	
Bachhuber Martin				Gote Ulrike	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Gottstein Eva	X		
Bauer Volker		X		Güll Martin		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar		X	
Dr. Bernhard Otmar				Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann		X		Hartmann Ludwig			
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim			
von Brunn Florian		X		Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Erwin		X	
Eck Gerhard				Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Martin		X	
Eisenreich Georg		X		Huber Thomas		X	
Fackler Wolfgang		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen				Huml Melanie		X	
Fehlner Martina		X		Imhof Hermann		X	
Felbinger Günther				Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X		Kamm Christine		X	
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette		X	
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus	X			Knoblauch Günther		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		König Alexander		X	
				Kohnen Natascha		X	
				Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	29	126	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u. a. und Fraktion CSU; Abbau der kalten Progression (Drucksache 17/1802)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse	X			Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert				Gibis Max	X		
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten		X	
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin				Gottstein Eva		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin	X		
Bauer Volker	X			Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine	X		
Beißwenger Eric	X			Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar				Hanisch Joachim		X	
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig			
Blume Markus	X			Heckner Ingrid	X		
Bocklet Reinhold	X			Heike Jürgen W.	X		
Brannekämper Robert	X			Herold Hans	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herrmann Florian	X		
Brückner Michael	X			Herrmann Joachim			
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold		X	
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra	X		
				Hintersberger Johannes	X		
Celina Kerstin		X		Hofmann Michael	X		
				Holetschek Klaus	X		
Dettenhöfer Petra	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dorow Alex	X			Huber Erwin	X		
Dünkel Norbert	X			Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Dürr Sepp		X		Dr. Huber Martin	X		
				Huber Thomas	X		
Eck Gerhard				Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Huml Melanie	X		
Eisenreich Georg	X						
				Imhof Hermann	X		
Fackler Wolfgang	X						
Dr. Fahn Hans Jürgen				Jörg Oliver	X		
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther				Kamm Christine			X
Flierl Alexander	X			Kaniber Michaela	X		
Dr. Förster Linus				Karl Annette	X		
Freller Karl	X			Kirchner Sandro	X		
Füracker Albert				Knoblauch Günther	X		
				König Alexander	X		
Ganserer Markus		X		Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	124	29	1